



Deutsche
Steuerberater
Versicherung

Pensionskasse des steuer-
beratenden Berufs VVaG

Geschäftsbericht 2013

Jahresabschluss und Lagebericht

Inhalt

1	Lagebericht	5
1.1	Grundlagen	5
1.2	Geschäftsverlauf	6
1.2.1	Rahmenbedingungen	6
1.2.2	Versicherungsbestand	6
1.2.3	Kapitalanlagen	7
1.2.4	Versicherungsbetrieb	8
1.2.5	Überschuss	8
1.2.6	Solvabilität	9
1.3	Überschussverwendung	9
1.4	Nachtragsbericht	10
1.5	Risikobericht	10
1.6	Chancenbericht	12
1.7	Ausblick	12
2	Jahresabschluss	14
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013	14
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	16
3	Anhang	17
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013	18
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	27
3.3	Weitere Angaben	30
4	Anlage zum Lagebericht	32
5	Anlage zum Anhang	35
6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	38
7	Bericht des Aufsichtsrates	39
8	Organe, Treuhänder und Verantwortlicher Aktuar	41
9	Beirat	42

1 LAGEBERICHT

1.1 Grundlagen

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden:

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (Berufsangehörige), die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (berufsständische Arbeitgeber), wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Als außerordentliche Mitglieder können nach § 2 Absatz 3 der Satzung aufgenommen werden:

- Personen, die nicht zum Kreis der Berufsangehörigen gehören, wenn sie bei einem berufsständischen Arbeitgeber in dem obigen Sinne beschäftigt sind und für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Arbeitgeber, die nicht zum Kreis der berufsständischen Arbeitgeber gehören,
 - wenn sie Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Berufsangehörige abschließen oder
 - wenn sie eine bestehende Versicherung fortsetzen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Die aktuellen Rententarife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Die Versicherungen können zur privaten Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, oder zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen werden. In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisrente“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden. Die Vertragsbedingungen unserer „Basisrente“ haben die nach § 10 Abs. 2 EStG erforderliche Zertifizierung erhalten.

Zur privaten Risikovorsorge bieten wir eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Für das Neugeschäft gelten seit dem Jahr 2013 Tarife mit gleichen Beiträgen für Frauen und Männer. Der Rechnungszins beträgt 1,75 %. Damit beachten wir den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszins. Die Rententarife sind mit Rechnungsgrundlagen kalkuliert, die aus den Sterbetafeln DAV 2004 R abgeleitet sind.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. ist sie seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse (§ 118b Abs. 6 VAG). Ihre Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Die satzungsmäßigen Organe der Deutschen Steuerberater-Versicherung sind die Mitgliedervertretung als oberstes Organ, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Die Mitgliedervertretung setzt sich aus den Mitgliedervertretern zusammen, die im Turnus von vier Jahren von den Mitgliedern gewählt werden. Die Regelungen für die Wahlen sind in der Satzung bestimmt.

Zur Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand besteht ein Beirat. Der Beirat setzt sich aus Personen zusammen, die von der Bundessteuerberaterkammer, dem Deutschen Steuerberaterverband und unserer Mitgliedervertretung entsandt werden.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2013 moderat gewachsen. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte hat sich weiter verbessert. Allerdings blieb die Sparquote auf einem niedrigen Niveau.

In der Lebensversicherungsbranche erhöhten sich die gesamten Beitragseinnahmen aufgrund des hohen Einmalbeitragsgeschäfts stärker als im Vorjahr. Der Neuzugang an laufenden Beiträgen ist dagegen deutlicher als im Vorjahr gesunken.

Am Kapitalmarkt lagen die Zinsen weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Nach den Statistiken der Deutschen Bundesbank erreichten die Umlaufrenditen der deutschen Staatsanleihen im Jahresdurchschnitt für das Jahr 2013 mit 1,3 % das Niveau des Vorjahres. Im Laufe des Jahres 2013 sind die Umlaufrenditen zwischenzeitlich etwas stärker gestiegen. Sie beliefen sich dann im Dezember 2013 auf durchschnittlich 1,5 % (gegenüber 1,1 % im Dezember 2012).

Bei inländischen Bankschuldverschreibungen lagen die Umlaufrenditen nach den Angaben der Bundesbank im Durchschnitt bei 1,3 % für das Jahr 2013 (nach 1,6 % für das Jahr 2012). Etwas höher waren die Renditen jeweils bei längeren Laufzeiten. Für den Bereich mit Restlaufzeit von über 9 bis 10 Jahre betrug die durchschnittliche Umlaufrendite im Jahr 2013 bei den deutschen Staatsanleihen 1,6 % und bei den Bankschuldverschreibungen 2,1 %.

1.2.2 Versicherungsbestand

Im Versicherungsbestand der Deutschen Steuerberater-Versicherung belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 900.965.349,52 € zum 31. Dezember 2013. Das bedeutete einen leichten Rückgang um 0,26 % (im Vorjahr um 0,02 %).

Der Neuzugang an Versicherungen beruhte wiederum überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisrente“.

Während sich der Neuzugang durch neu versicherte Personen gegenüber dem Vorjahr deutlich verminderte, überstieg der Zugang an laufenden Beiträgen durch Erhöhungen im Bestand das Vorjahresniveau leicht. Bei dem Zugang durch Einmalbeiträge ergab sich ein moderater Rückgang, nachdem die Einmalbeiträge zuvor seit vielen Jahren jeweils gestiegen waren.

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich auf 31.337.132,29 €, d.h. um 2,9 % (im Vorjahr um 2,4 %). Zu dem Rückgang der Bruttobeiträge hat erwartungsgemäß das Ende der Beitragszahlung bei den planmäßigen Abläufen von Versicherungen und den Rentenübergängen beigetragen.

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 34.646.415,32 € betragen (im Vorjahr 36.860.955,23 €). Die geringeren Zahlungen ergaben sich trotz eines weiteren Zugangs an Altersrenten aufgrund von stärker zurückgegangenen Kapitalabfindungen.

Die erforderliche Liquidität für die Leistungszahlungen war jederzeit gegeben.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 33.717.090,00 € (im Vorjahr 29.735.664,00 €). Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Außerdem wurde die Deckungsrückstellung durch eine weitere Zinszusatzrückstellung gestärkt. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 12.312.046,00 € auf diese Verstärkungen (im Vorjahr 12.120.321,00 €).

Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 887.067.820,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

1.2.3 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 31.092.928,39 € oder 3,5 % auf 904.132.375,62 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 43.998.384,59 € gegenüber 44.019.065,79 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 3.118.440,67 € (im Vorjahr 2.289.289,32 €). Damit beträgt das Nettoergebnis 40.879.943,92 € (im Vorjahr 41.729.776,47).

Die Nettoverzinsung verminderte sich auf 4,60 % (im Vorjahr 4,87 %).

Zu der Nettoverzinsung haben Abgangsgewinne in Höhe von 7.056.231,33 € beigetragen, die wir überwiegend durch Verkäufe von festverzinslichen Wertpapieren realisieren konnten. Die Abgangsverluste beliefen sich auf insgesamt 284.750,00 €. Aufgrund der Entwicklung der Zeitwerte bei den Immobilien wurden Zuschreibungen in Höhe von 273.867,86 € und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 881.644,51 € vorgenommen.

Ohne Berücksichtigung der Einflüsse aus den Abgangsgewinnen, den Zuschreibungen, den Abgangsverlusten und den außerplanmäßigen Abschreibungen errechnet sich für das Jahr 2013 eine laufende Durchschnittsverzinsung von 3,92 % (im Vorjahr 4,17 %).

Der Rückgang der Verzinsung resultiert vor allem aus den niedrigeren Zinsen bei der Neuanlage.

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt insgesamt 947.926.569,71 €. Die Zusammensetzung ist im Anhang angegeben.

Für die gesamten Kapitalanlagen, einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 43.794.194,09 € an stillen Reserven nach Saldierung mit den stillen Lasten (im Vorjahr 79.364.786,87 €); dies entspricht 4,84 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen (im Vorjahr 9,09 %).

Aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB bestehen stille Lasten in Höhe von 1.568.000,00 €. Dem stehen stille Reserven von 13.462.998,50 € bei den so bewerteten Wertpapieren gegenüber (Aktiva B II 1 und 2). Die stillen Lasten entfallen mit 970.400,00 € auf Staatsanleihen, wobei nur Staatsanleihen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehalten werden. Aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen in der Europäischen Union gehen wir davon aus, dass diese Wertminderungen nicht von Dauer sind und diese Anleihen bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Eine tabellarische Übersicht zu dem Bestand an Staatsanleihen ist im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu der Bilanzposition Aktiva B II 2 dargestellt.

Aufgrund der Qualität der Kapitalanlagen waren keine Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken erforderlich. Auch die stillen Lasten der übrigen festverzinslichen Kapitalanlagen können als nicht dauerhaft angesehen werden, weil diese Kapitalanlagen mit hoher Sicherheit bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

Bei Kapitalanlagen, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet werden, nehmen wir grundsätzlich außerplanmäßige Abschreibungen auf den Nennwert bzw. einen höheren Zeitwert vor, wenn der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher waren.

Daraus resultierten Abschreibungen in Höhe von 83.000,00 €.

Mit der Verzinsung der Kapitalanlagen konnten wir wieder ein solides Ergebnis erzielen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist sowohl nach den Bilanzwerten als auch nach den Zeitwerten gegeben.

1.2.4 Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.272.901,27 € (im Vorjahr 1.414.937,78 €). Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,06 % (im Vorjahr 4,38 %) der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 756.616,83 € entsprechen 2,41 % der gebuchten Bruttobeiträge (im Vorjahr 2,45 %). Der Rückgang der Brutto-Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus niedrigeren Abschlussaufwendungen für die Werbung.

1.2.5 Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres ergab sich im Wesentlichen aus dem Zinsergebnis sowie aus dem Risikoergebnis und aus dem Kostenergebnis.

Weiterhin war es notwendig, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war das Ergebnis für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen, so dass der

Überschuss entsprechend niedriger war. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Für den „Tarif 2000“ mit einem Rechnungszins von 4,0 % wurde die Deckungsrückstellung um eine weitere Zinszusatzrückstellung erhöht, was sich ebenfalls auf den Überschuss mindernd auswirkte.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein Überschuss von 2.355.604,73 € (im Vorjahr 5.379.282,11 €) erzielt. Hiervon wurden 500.000,00 € der Verlustrücklage und 1.855.604,73 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

1.2.6 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, und das eingezahlte Nachrangkapital heranziehen. Nach den Bestimmungen des § 53c Abs. 3b VAG kann die Zurechnung des Nachrangkapitals zu den Eigenmitteln im vorletzten Jahr der Laufzeit nur noch zu zwei Fünfteln erfolgen; im letzten Jahr der Laufzeit ist eine Zurechnung nicht mehr möglich. Immaterielle Vermögenswerte sind von den Eigenmitteln abzusetzen. Stille Nettoreserven berücksichtigen wir bei den Eigenmitteln nicht.

Für das Nachrangkapital hatte die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Jahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst.

Die gesamten Eigenmittel für die Solvabilität belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 36.009.760,00 €. Die Deutsche Steuerberater-Versicherung erfüllt die Solvabilitätsvorschriften.

1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.792.177,40 € entnommen. Davon entfallen 762.445,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 827.623,84 €, um gezahlte Leistungszuschläge von 158.245,19 € sowie um Überschussanteile von 43.863,37 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2013 auf 21.428.521,43 € (im Vorjahr 21.365.094,10 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

1.4 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

1.5 Risikobericht

Versicherungsunternehmen müssen gemäß § 64a VAG über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die neben einer dem Geschäftsbetrieb angemessenen ordnungsgemäßen Verwaltung und Buchhaltung insbesondere ein angemessenes Risikomanagement voraussetzt. Das Risikomanagement erfordert die Entwicklung einer auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmten Risikostrategie, aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen, die Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems sowie eine interne Revision. Die Aufsichtsbehörde hat mit dem Rundschreiben 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ diese Regelungen konkretisiert.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung hat das Risikomanagement auf der Grundlage der gesetzlichen Anforderungen eingerichtet. Die Steuerungs- und Kontrollsysteme sind in das Risikomanagement einbezogen. Dies gilt auch für die versicherungsmathematischen Analysen zum Risikoverlauf und zu den Rechnungsgrundlagen.

Es sind weitere Maßnahmen zum Risikocontrolling für den Bereich der Kapitalanlagen umgesetzt, indem zur laufenden Unterstützung des Risikomanagements externe Dienstleistungen genutzt werden. Es werden regelmäßig Studien zum Asset-Liability-Management (ALM-Studie) erstellt, die wir zur Steuerung der Kapitalanlagepolitik nutzen.

Die Geschäftsorganisation ist in einem umfassenden Organisationshandbuch dokumentiert, das weiter ausgebaut und gepflegt wird.

Unser internes Steuerungs- und Kontrollsystem haben wir hinsichtlich der MaRisk VA auch im Geschäftsjahr 2013 weiter entwickelt. Mit einem Dienstleister wurde eine aktuelle ALM-Studie erstellt.

Für die Durchführung der internen Revision besteht ein Funktionsausgliederungsvertrag mit der axis AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Für die künftige Entwicklung können insbesondere Risiken im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationellen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken mit einem angemessenen Risikomanagement.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir analysieren die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt, wobei der Rechnungszins von 3,5 % unverändert bleibt. Durch Vergleichsrechnungen mit neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von bis zu 4,0 % wird geprüft, ob der erreichte Stand der Verstärkungen zum Bilanzstichtag als ausreichend angesehen werden kann.

In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, werden weitere Anpassungen der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss.

Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft haben nahezu keine Bedeutung. Im Kündigungsfall bzw. im Leistungsfall können wir rückständige Beiträge verrechnen. Gegenüber dem Rückversicherer bestehen keine Forderungen; im Übrigen können wir aufgrund des Ratings von einer guten Bonität des Rückversicherers ausgehen.

Die Risiken der Kapitalanlagen werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die bei der Neuanlage über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Der Anteil an Wertpapieren, die kein Investment-Grade-Rating mehr haben, beläuft sich auf 1,9 % der gesamten Kapitalanlagen. Darunter fallen auch die Staatsanleihen von Portugal. Eine tabellarische Übersicht zu dem Bestand der Staatsanleihen ist im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu der Bilanzposition Aktiva B II 2 dargestellt. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Aktienanlagen halten wir weder im Direktbestand noch über Investmentfonds. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um einen Spezialfonds, der in Unternehmensanleihen investiert ist, die bei der Neuanlage ebenfalls über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Innerhalb des Investmentfonds betrug der Anteil an festverzinslichen Wertpapieren ohne Investment-Grade-Rating 0,3 % der gesamten Kapitalanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Mischung und Streuung. Bei Neuanlagen investieren wir regelmäßig in längere Laufzeiten. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass die tariflichen Rechnungszinssätze dauerhaft erreicht werden. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten. Eine Herausforderung liegt dabei in den zurzeit niedrigen Kapitalmarktzinsen. Eine länger anhaltende Niedrigzinsphase würde sich wegen der vorhandenen langfristigen Kapitalanlagen erst allmählich auswirken, könnte aber dann zu einer substantiellen Verminderung der Nettoverzinsung führen.

Für die Versicherungen nach dem Tarif 2000 beträgt der tarifliche Rechnungszins 4,0 %. Wir haben die Deckungsrückstellung in diesem aufsichtsbehördlich genehmigten Tarif um eine Zinszusatzrückstellung verstärkt. Diese Maßnahme beruht auf einer Änderung des Geschäftsplans, mit der wir eine zusätzliche Sicherheitsspanne erreichen, die sich an den Bestimmungen der Deckungsrückstellungsverordnung orientiert.

Für Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif beträgt der Rechnungszins 3,5 %. Für diesen Tarif wird mit den laufenden Verstärkungen eine Sicherheitsspanne aufgebaut. Unmittelbar gilt die Deckungsrückstellungsverordnung nur für Verträge, denen keine aufsichtsbehördlich genehmigten Tarife zugrunde liegen. Nach diesen Bestimmungen ist für das Geschäftsjahr 2013 bei der Berechnung der Deckungsrückstellung für die nächsten 15 Jahre anstelle eines Rechnungszinses von 4,0 % der niedrigere Referenzzins von derzeit 3,41 % anzusetzen.

In Anlehnung an diese Regelungen können bei einem sinkenden Referenzzins künftig weitere Erhöhungen der Zinszusatzrückstellung anfallen. Davon wäre dann möglicherweise auch der zum 31. Dezember 1996 geschlossene Tarif mit dem Rechnungszins von 3,5 % stärker betroffen. Eine unmittelbare Auswirkung aufgrund der Deckungsrückstellungsverordnung wird sich für unsere neueren, genehmigungsfreien Tarife voraussichtlich im Jahr 2014 ergeben, wenn der Referenzzins unter den Zinssatz von 3,25 % sinkt, dem höchsten für diese Tarife geltenden Rechnungszinssatz.

Die Zinszusatzrückstellung trägt dazu bei, dass das Risiko aus einer anhaltenden Niedrigzinsphase reduziert wird.

Den operationellen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes und durch eine Notfallplanung. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

1.6 Chancenbericht

Die Chancen der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die staatlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisrente“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen.

Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner. Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Von den Sparbeiträgen werden keine Anteile für Provisionen verbraucht, sondern sie fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

Erhöhte Chancen für die Entwicklung sehen wir auch in den guten Beziehungen zum Berufsstand, die durch den Beirat gestärkt werden.

1.7 Ausblick

Vor dem Hintergrund des schwierigen Kapitalmarktumfeldes sehen wir die aktuelle Geschäftslage der Deutschen Steuerberater-Versicherung insgesamt als zufriedenstellend an.

Die Zurechnung des Nachrangkapitals zu den Eigenmitteln wird sich ab November 2014 auf zwei Fünftel des eingezahlten Nachrangkapitals vermindern. Wir wollen deshalb die Eigenmittel im Laufe des Jahres 2014 rechtzeitig aufstocken. Hierzu werden insbesondere Maßnahmen zur Aufnahme von neuem Nachrangkapital vorbereitet.

Unsere aktuellen Tarife bieten günstige und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente	– die flexible Rentenversicherung
ds:Rente Plus	– die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung
ds:Basisrente	– die zertifizierte Basisrente
ds:BU	– die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung
ds:bAV	– die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebens-

erwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird immer wichtiger.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung. Dabei kann auch das Rentenbeginnalter flexibel gestaltet werden. Diese Vorteile wollen wir auch unter den künftigen Rahmenbedingungen sicherstellen.

Die Konjunkturprognosen gehen für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2014 von einem stärkeren Wachstum aus, wobei für die konjunkturelle Dynamik durchaus Risiken bestehen würden.

Für die Deutsche Steuerberater-Versicherung rechnen wir für das Jahr 2014 mit einer Fortsetzung der stabilen Entwicklung. Bei der laufenden Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen erwarten wir aufgrund der niedrigeren Neuanlagezinsen einen weiteren moderaten Rückgang.

Wir beabsichtigen, auch im Jahr 2014 die Verzinsung durch Gewinne aus Verkäufen von Wertpapieren zu erhöhen. Damit wollen wir wiederum eine Nettoverzinsung erreichen, die deutlich über der laufenden Verzinsung liegt.

Für die Beitragseinnahmen erwarten wir im Jahr 2014 einen etwas stärkeren Rückgang als im Jahr 2013. Diese Einschätzung beruht auf den planmäßigen Abläufen und Übergängen in die Rentenbezugsphase bei den bestehenden Versicherungen. Wir rechnen für das Jahr 2014 mit einem etwa gleich bleibenden Neugeschäft.

Bonn, den 30. April 2014

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann

2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2013 Euro	2012 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				150.865,00	171.034,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			11.793.804,41		12.742.713,56
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		59.999.911,90			59.999.911,90
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		131.889.851,07			137.594.661,64
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		39.308,24			48.010,13
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	501.409.500,00				455.354.150,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	184.000.000,00	685.409.500,00			173.000.000,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten		15.000.000,00	892.338.571,21		34.300.000,00
				904.132.375,62	873.039.447,23
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			150.474,92		215.104,33
II. Sonstige Forderungen					
			41.305,22		55.864,62
				191.780,14	270.968,95
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			121.412,00		132.410,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			3.630.918,48		1.114.878,85
III. Andere Vermögensgegenstände			5.916.795,74		5.636.998,84
				9.669.126,22	6.884.287,69
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			18.605.249,91		18.367.343,18
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			186.857,26		227.648,36
				18.792.107,17	18.594.991,54
Summe der Aktiva				932.936.254,15	898.960.729,41

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 30. April 2014


Hans Theo Laufenberg, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2013 Euro	2012 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			11.400.000,00	10.900.000,00
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.000.000,00	7.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		3.817.610,61		3.952.109,53
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	887.067.820,00			853.350.730,00
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	84.727.287,00	802.340.533,00		85.603.693,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	692.577,23			1.482.811,81
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	279.793,00	412.784,23		831.614,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		21.428.521,43		21.365.094,10
			827.999.449,27	793.715.438,44
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		293.874,00		265.964,00
II. Steuerrückstellungen		448.000,00		0,00
III. Sonstige Rückstellungen		272.155,46		271.278,11
			1.014.029,46	537.242,11
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			84.727.287,00	85.603.693,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern			329.169,19	467.073,35
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			269.763,35	490.301,80
III. Sonstige Verbindlichkeiten			196.155,88	232.501,41
davon:				
aus Steuern	24.486,59 Euro			
(im Vorjahr 23.185,87 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			795.088,42	1.189.876,56
G. Rechnungsabgrenzungsposten			400,00	14.479,30
Summe der Passiva			932.936.254,15	898.960.729,41

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 29. April 2014 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 30. April 2014

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Euro	Euro	2013 Euro	2012 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	31.337.132,29			32.275.668,12
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-743.843,94	32.080.976,23		-409.413,07
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		134.498,92	32.215.475,15	188.285,94
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			762.445,00	752.856,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.142.324,22			1.132.253,07
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	35.525.961,18	36.668.285,40		36.336.703,35
b) Erträge aus Zuschreibungen		273.867,86		0,00
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		7.056.231,33	43.998.384,59	6.550.109,37
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	34.646.415,32			36.860.955,23
bb) Anteil der Rückversicherer	2.061.511,35	32.584.903,97		1.317.474,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-790.234,58			457.067,66
bb) Anteil der Rückversicherer	-551.821,00	-238.413,58	32.346.490,39	391.094,00
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		33.717.090,00		29.735.664,00
bb) Anteil der Rückversicherer		-876.406,00	34.593.496,00	-281.717,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
			1.855.604,73	4.929.282,11
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	516.284,44			622.421,52
b) Verwaltungsaufwendungen	756.616,83	1.272.901,27		792.516,26
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		805.361,45	467.539,82	1.090.845,18
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.527.913,66		1.381.114,53
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.305.777,01		384.322,49
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		284.750,00	3.118.440,67	523.852,30
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				
			3.007.886,47	3.056.862,03
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				
			1.586.846,66	1.418.926,97
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		125.073,24		5.058,90
2. Sonstige Aufwendungen		840.755,23	-715.681,99	837.896,54
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			871.164,67	586.089,33
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			371.164,67	136.089,33
5. Jahresüberschuss			500.000,00	450.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			500.000,00	450.000,00
7. Bilanzgewinn			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Die unter Aktiva A ausgewiesenen immateriellen Vermögensgegenstände sind nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 1 HGB).

Die unter Aktiva B I ausgewiesenen Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten sind nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 1 HGB).

Die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen sind nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, weil sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Die unter Aktiva B II 3 ausgewiesenen Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sind zum Rückzahlungsbetrag der Forderung angesetzt. Differenzen zwischen den – unter Berücksichtigung der Tilgungen – fortentwickelten Anschaffungskosten und dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag bestehen nicht.

Die unter Aktiva B II 4 a ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sind zum Nennwert bzw. gegebenenfalls dem niedrigeren Anschaffungswert angesetzt. Ist der Nennwert niedriger als die Anschaffungskosten, wurde entsprechend dem Wahlrecht nach § 341c Abs. 2 Satz 2 HGB der Unterschiedsbetrag als Agio in den Rechnungsabgrenzungsposten unter Aktiva E II aufgenommen und planmäßig zeitanteilig aufgelöst.

Die unter Aktiva B II 4 b ausgewiesenen Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu den Anschaffungskosten bewertet. Von dem Wahlrecht nach § 341c Abs. 3 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Die unter Aktiva B 5 ausgewiesenen Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt, welche den eingelegten Beträgen entsprechen.

Das Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, eine sich voraussichtlich insgesamt ergebende künftige Steuerentlastung – nach Saldierung mit künftigen Steuerbelastungen – als aktive latente Steuern in der Bilanz anzusetzen, wurde nicht ausgeübt.

Wesentliche Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, bestehen bei bestimmten Bilanzpositionen der Kapitalanlagen (Aktiva B I und II 1) und bei der Bilanzposition zur Pensionsrückstellung (Passiva D I). Die Differenzen werden voraussichtlich zu künftigen Steuerentlastungen führen, wobei die Bewertung mit einem Steuersatz von 30 % erfolgte.

Die unter Passiva C ausgewiesenen versicherungstechnischen Rückstellungen sind nach den Vorschriften der §§ 341e, 341f und 341g HGB und der §§ 23 bis 26 und 28 RechVersV bestimmt.

Die unter Passiva D ausgewiesenen anderen Rückstellungen sind nach den Vorschriften des § 253 Abs. 1 und 2 HGB angesetzt.

Es wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 3 EGHGB weiterhin Gebrauch gemacht, Rückstellungen für Instandhaltungsaufwendungen beizubehalten.

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2012	171.034,00 €
Zugänge	52.945,84 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	73.114,84 €
Bestand am 31.12.2013	150.865,00 €

Für die Abschreibungen wurden Nutzungsdauern nach amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen zugrunde gelegt.

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 22 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2013

	Bilanzwert	Zeitwert
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.793.804,41 €	12.710.000,00 €
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	59.999.911,90 €	63.793.089,72 €
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	131.889.851,07 €	139.991.671,75 €
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	39.308,24 €	39.308,24 €
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	501.409.500,00 €	523.456.650,00 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	184.000.000,00 €	192.935.850,00 €
5. Einlagen bei Kreditinstituten	15.000.000,00 €	15.000.000,00 €
Summe II.	892.338.571,21 €	935.216.569,71 €
Kapitalanlagen insgesamt	904.132.375,62 €	947.926.569,71 €

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert von 904.132.375,62 € zzgl. einem Agio von 86.203,10 €, somit insgesamt 904.218.578,72 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 947.926.569,71 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an Bewertungsreserven von 43.707.990,99 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB planmäßig mit Nutzungsdauern von 50 Jahren und außerplanmäßig bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen wurden. Zuschreibungen erfolgten nach § 253 Abs. 5 HGB, soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestanden. Der Zeitwert der Grundstücke beträgt 12.710.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 11.793.804,41 €. Die Zeitwerte sind gemäß Wertgutachten aus dem Jahr 2009 bzw. dem Jahr 2013 als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden, wobei Wertberichtigungen nach § 55 RechVersV berücksichtigt sind. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.226.022,52 €.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 935.216.569,71 € gegenüber einem Bilanzwert von 892.338.571,21 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundsichforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind Anteile an inländischen Investmentfonds ausgewiesen:

Investmentanteile	59.999.911,90 €
-------------------	-----------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 63.793.089,72 €. Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 3.793.177,82 €.

Bei den Investmentfonds handelt es sich um den Spezialfonds BWInvest-83. Für das Geschäftsjahr erfolgte aus dem Investmentfonds BWInvest-83 eine Ausschüttung von 2.590.407,00 €.

Die Anlageziele des Investmentfonds BWInvest-83 ergeben sich aus den in den Vertragsbedingungen festgelegten Anlagegrundsätzen und der Anlagepolitik. Der Spezialfonds BWInvest-83 investiert demnach fast ausschließlich in Unternehmensanleihen.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Öffentliche Anleihen, Anleihen von supranationalen und ähnlichen Einrichtungen	62.511.228,57 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	31.900.940,00 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	37.477.682,50 €
	131.889.851,07 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 139.991.671,75 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 1.568.000,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 9.669.820,68 €.

Von den stillen Lasten entfallen 1.013.000,00 € auf Wertpapiere mit Investment-Grade-Rating und 555.000,00 € auf Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating.

Bei den Wertpapieren ohne Investment-Grade-Rating handelt es sich um Staatsanleihen von Portugal, den im Rahmen des Zwangstausches erhaltenen Besserungsschein zu den im Jahr 2012 veräußerten Staatsanleihen von Griechenland und um eine Nachranganleihe der Commerzbank. Die Staatsanleihen von Portugal und die Nachranganleihe der Commerzbank hatten zum Zeitpunkt der Anschaffung der Wertpapiere noch ein Investment-Grade-Rating.

Der Buchwert der Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating beträgt 6.969.707,00 € und der Zeitwert 6.461.559,00 €. Aufgrund der Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wird davon ausgegangen, dass die Wertminderung bei den Wertpapieren von Portugal voraussichtlich nicht dauerhaft ist und die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

Soweit bei einigen Wertpapieren der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher als der Nennwert war, sind aufgrund eines niedrigeren Zeitwertes Abschreibungen auf den Nennwert bzw. auf den höheren Zeitwert vorgenommen worden. Diese Abschreibungen beliefen sich für das Geschäftsjahr auf 83.000,00 €.

Der Bestand an Anleihen von Staaten, deren Regionalregierungen und Gebietskörperschaften stellt sich wie folgt dar:

	Bilanzwert	Zeitwert
Belgien	3.000.000,00 €	3.390.900,00 €
Deutschland	11.772.966,67 €	12.777.970,00 €
Finnland	4.006.250,00 €	4.639.250,00 €
Frankreich	7.049.600,00 €	7.888.250,00 €
Griechenland	18.207,00 €	31.059,00 €
Irland	2.968.800,00 €	3.100.800,00 €
Italien	5.000.000,00 €	5.098.800,00 €
Lettland	995.500,00 €	1.152.750,00 €
Litauen	989.500,00 €	1.099.300,00 €
Luxemburg	1.933.800,00 €	1.890.400,00 €
Niederlande	1.939.000,00 €	1.891.000,00 €
Österreich	2.495.673,08 €	2.852.500,00 €
Polen	4.923.500,00 €	5.787.000,00 €
Portugal	5.956.500,00 €	5.401.500,00 €
Spanien	5.000.000,00 €	4.864.000,00 €
Slowenien	2.000.000,00 €	2.006.000,00 €
Insgesamt	60.049.296,75 €	63.871.479,00 €

3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	501.409.500,00 €
b) Schuldscheinforderungen	184.000.000,00 €
	685.409.500,00 €

Die Namensschuldverschreibungen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet. Die Schuldscheinforderungen sind zu den Anschaffungswerten angesetzt, die mit den Nennwerten übereinstimmen.

Der Zeitwert beträgt 716.932.500,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 11.178.300,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 42.161.300,00 €.

5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 15.000.000,00 €, die überwiegend zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Rückzahlungsbetrag bewertet, der dem Nominalwert entspricht.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an

1. Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden 102.308,33 € im ersten Quartal 2014 ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear mit Nutzungsdauern, die anhand von amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen ermittelt wurden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 150,00 € sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 5.756.311,83 € ausgewiesen, die erst am 1. Januar 2014 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2013 entfallen, aber erst 2014 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es war ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt worden. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst und beträgt 100.654,16 €.

In 2011 ist ein Agio für eine Namensschuldverschreibung in Höhe des Betrages, um den die Anschaffungskosten den Nennwert überstiegen, aktiviert worden. Das Agio wird zeitanteilig aufgelöst und beträgt 86.203,10 €.

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2013

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Um- buchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermö- gensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerb- liche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	171	53				73	151
B I. Grundstücke, grund- stücksgleiche Rechte und Bauten einschließ- lich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.743				274	1.223	11.794
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere	60.000						60.000
2. Inhaberschuldverschrei- bungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	137.595	44.350		49.972		83	131.890
3. Hypotheken-, Grund- schul- und Renten- schuldforderungen	48			9			39
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuld- verschreibungen	455.354	110.000		63.945			501.409
b) Schuldscheinforde- rungen und Darlehen	173.000	18.000		7.000			184.000
5. Einlagen bei Kredit- instituten	34.300	154.700		174.000			15.000
6. Summe B II.	860.297	327.050		294.926		83	892.338
Insgesamt	873.211	327.103		294.926	274	1.379	904.283

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 500.000,00 € auf 11.400.000,00 € erhöht.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt weniger als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2014 entfallenden Beitragsanteile wurden nach den steuerlichen Vorschriften als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2012	853.350.730,00 €	85.603.693,00 €	767.747.037,00 €
Zuführung	33.717.090,00 €	-876.406,00 €	34.593.496,00 €
Stand am 31.12.2013	887.067.820,00 €	84.727.287,00 €	802.340.533,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 84.727.287,00 € (im Vorjahr 85.603.693,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Dabei darf der erreichte Verstärkungsgrad den geschäftsplanmäßig vorgegebenen Mindeststand nicht unterschreiten. Zum 31. Dezember 2013 beträgt die Verstärkung 74,3 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den ursprünglichen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung (im Vorjahr 70,5 %).

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden seit dem Jahr 2007 in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeiten und jährliche Anpassungen der Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen.

Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %. Eine Vergleichsrechnung zeigt, dass der Betrag der in die Bilanz für diese Versicherungen – einschließlich der bisherigen Verstärkungen – eingestellten Deckungsrückstellung bereits höher ist, als es der Betrag einer mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % berechneten Deckungsrückstellung wäre.

Für den ab dem 1. Januar 1997 geltenden „[Tarif 2000](#)“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31. Dezember 2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Die Deckungsrückstellung für den „[Tarif 2000](#)“ enthält einen erhöhten allgemeinen Sicherheitszuschlag von 2,5 % sowie eine Zinszusatzrückstellung von 6,25 %. Diese Sicherheitsspannen entsprechen etwa einer Absenkung des Rechnungszinses von 4,0 % auf 3,41 % für die nächsten 15 Jahre.

Für den ab dem 1. Januar 2002 geltenden „[Tarif 2000 plus](#)“ und den ab dem 1. Januar 2004 geltenden „[Tarif 04 plus](#)“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „[Tarif 2000 plus](#)“ bzw. 2,75 % für den „[Tarif 04 plus](#)“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für den Neuzugang an Rentenversicherungen nach dem „[Tarif 2005](#)“ in den Jahren 2005 und 2006 bzw. nach dem „[Tarif 2007](#)“ im Jahr 2007 bzw. dem „[Tarif 2008](#)“ in den Jahren 2008 bis 2011 und dem „[Tarif 2012](#)“ im Jahr 2012 werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafeln DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 % für den „[Tarif 2005](#)“ bzw. 2,25 % für den „[Tarif 2007](#)“ und den „[Tarif 2008](#)“ bzw. 1,75 % für den „[Tarif 2012](#)“.

Für den seit 1. Januar 2013 geltenden „[Tarif 2013](#)“ mit gleichen Beiträgen und Leistungen für Frauen und Männer werden Rechnungsgrundlagen für die einheitlichen Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten verwendet, die aus den *Sterbetafeln DAV 2004 R* abgeleitet worden sind. Der Rechnungszins beträgt 1,75 %.

Bei den Risikoversicherungen werden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafeln DAV 1994 T* mit dem für den Tarif jeweils geltenden Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % oder 2,25 % angewendet. Es bestehen keine Risikoversicherungen mit einem Rechnungszins von 1,75 %. Die Risikoversicherungen sind für den Neuzugang geschlossen.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind überwiegend nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden.

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital, bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2012	21.365.094,10 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.792.177,40 €
Zwischensumme	19.572.916,70 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	1.855.604,73 €
Stand am 31.12.2013	21.428.521,43 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung setzt sich zum 31. Dezember 2013 aus folgenden Teilen zusammen:

1. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	
gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	472.447,00 €
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	958.362,00 €
2. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	
gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	17.205,00 €
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	976.923,00 €
3. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	887.709,00 €
4. Teil des Schlussüberschussanteilfonds für die Finanzierung von Gewinnrenten in Form von Leistungszuschlägen	3.767.804,00 €
5. Teil des Schlussüberschussanteilfonds für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen	7.945.434,00 €
6. ungebundener Teil	6.402.637,43 €
Insgesamt	21.428.521,43 €

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Die Rechnungsgrundlagen wurden unter Berücksichtigung von Erwartungswerten aus den Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung abgeleitet. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 3,50 % (im Vorjahr 3,75 %) vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung gebildet.

Die Pensionsrückstellung ist gemäß § 253 Abs. 2 HGB nach dem Teilwertverfahren mit einer Dynamik aufgrund einer angenommenen Inflationsrate von 2,0 % versicherungsmathematisch berechnet worden. Als Rechnungsgrundlagen wurden ein Rechnungszins von 4,88 % (im Vorjahr 5,04 %) und die Richttafeln 2005 G verwendet. Der Rechnungszins beruht auf dem anzuwendenden Abzinsungssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, wobei er pauschal bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt worden ist.

II. Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen betreffen die Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer.

III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft, für Instandhaltungskosten und für Kosten der internen Revision.

E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

1. Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 269.763,35 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 279.793,00 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3 b RechVersV beträgt 2.182.489,74 € (im Vorjahr 2.927.109,25 €).

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2013 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 24.486,59 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2013 entfallen, aber erst in 2014 fällig sind.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
Laufende Beiträge	28.670.772,78 €	29.417.621,04 €
Einmalbeiträge	2.666.359,51 €	2.858.047,08 €
Gebuchte Bruttobeiträge	31.337.132,29 €	32.275.668,12 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von -743.843,94 € (im Vorjahr -409.413,07 €) waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten. Dieser Betrag ergibt sich gemäß § 37 RechVersV aus den vertraglichen Rückversicherungsbeiträgen in Höhe von 5.946.545,06 € (im Vorjahr 6.128.525,93 €) vermindert um die vom Rückversicherer erhaltenen Portfeuille-Austrittsbeiträge von 6.690.389,00 € (im Vorjahr 6.537.939,00 €). Dadurch erklärt sich der negative Betrag der abgegebenen Rückversicherungsbeiträge.

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung der versicherten Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 762.445,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war. Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2013	2012
a) Erträge aus Grundstücken	1.142.324,22 €	1.132.253,07 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	35.525.961,18 €	36.336.703,35 €
c) Erträge aus Zuschreibungen	273.867,86 €	0,00 €
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	7.056.231,33 €	6.550.109,37 €
	43.998.384,59 €	44.019.065,79 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich in Höhe von 6.994.717,58 € aus dem Verkauf von Wertpapieren.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2013	2012
Laufende Renten	25.103.582,89 €	23.344.311,46 €
Rückvergütungen	11.585,94 €	35.156,80 €
Kapitalabfindungen	9.292.235,00 €	13.243.042,00 €
Regulierungsaufwendungen	239.011,49 €	238.444,97 €
	34.646.415,32 €	36.860.955,23 €
Anteile des Rückversicherers	2.061.511,35 €	1.317.474,00 €
	32.584.903,97 €	35.543.481,23 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen war, setzt sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
a) Bruttobetrag	33.717.090,00 €	29.735.664,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	-876.406,00 €	-281.717,00 €
Nettozuführung	34.593.496,00 €	30.017.381,00 €

Von der Zuführung in 2013 entfallen 9.586.140,00 € (im Vorjahr 9.243.203,00 €) auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 443.107,00 € (im Vorjahr 362.578,00 €) auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen in neueren Tarifen und 2.282.799,00 € (im Vorjahr 2.514.540,00 €) auf die Bildung der Zinszusatzrückstellung.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen (Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung). Im Geschäftsjahr sind dies 1.855.604,73 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 4.929.282,11 €.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
a) Abschlussaufwendungen	516.284,44 €	622.421,52 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	756.616,83 €	792.516,26 €
	1.272.901,27 €	1.414.937,78 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 805.361,45 € (im Vorjahr 1.090.845,18 €) ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
a) Aufwendungen für		
Grundstücke	933.786,74 €	815.794,94 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	594.126,92 €	565.319,59 €
	1.527.913,66 €	1.381.114,53 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	341.132,50 €	340.891,74 €
Grundstücke außerplanmäßig	881.644,51 €	0,00 €
Wertpapiere	83.000,00 €	43.430,75 €
	1.305.777,01 €	384.322,49 €
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	284.750,00 €	523.852,30 €
	3.118.440,67 €	2.289.289,32 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich im Wesentlichen um die rechnungsmäßigen Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft in Höhe von 3.004.074,09 €.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Bei dem Betrag handelt es sich überwiegend um sonstige Zinserträge.

2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 321.409,46 € (im Vorjahr 322.124,42 €). Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für die Vertreterversammlung, den Aufsichtsrat und den Beirat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für die interne Revision, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 490.525,00 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten, wobei davon 35.525,00 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen. Weitere Zinsaufwendungen in Höhe von 27.792,33 € betreffen den Ausgleich der Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, den Zinsanteil aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung sowie übrige Zinsaufwendungen.

4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	141.895,87 €
Gewerbesteuer	229.268,80 €
	371.164,67 €

5. und 6. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 500.000,00 € vorgenommen.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können – mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) – sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr TsdEuro	Geschäftsjahr TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	742	717
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	125	119
5. Aufwendungen für Altersversorgung	33	29
6. Aufwendungen insgesamt	900	865

3.3.3 Angaben zum Abschlussprüfer

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr ist bestellt:

BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt 38.556,00 €. Dieser Betrag entfällt auf Abschlussprüfungsleistungen. Andere Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen oder sonstige Leistungen wurden im Geschäftsjahr nicht erbracht.

3.3.4 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg	(Vorsitzender)
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg	(stv. Vorsitzende)
Jürgen Knatz, StB/WP/RB, Bielefeld	

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 85.680,00 € und für die Mitglieder des Vorstandes von 299.277,17 € aufgewendet. Forderungen gegen Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.5 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 9 Arbeitnehmer.

Bonn, den 30. April 2014

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2013

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	3.368	3.161	1.371	349	21.010.295,64
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	17	64	105	48	2.298.261,84
2. sonstiger Zugang	4	2	–	–	3.513,00
3. gesamter Zugang	21	66	105	48	2.301.774,84
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	9	4	29	11	469.116,64
2. Beginn der Altersrente	100	48	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	5	–	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	2	2	121.274,16
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	48	21	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	–	3	–	–	–
7. sonstiger Abgang	1	–	2	–	223.949,36
8. gesamter Abgang	163	76	33	13	814.340,16
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.226	3.151	1.443	384	22.497.730,32
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	476	515			
2. in Rückdeckung gegeben	1.727	777	–	–	–

Hinterbliebenenrenten						
			Summe der Jahresrenten			
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro	
392	13	25	2.458.423,36	61.926,76	63.879,32	
32	1	3	254.059,68	28.797,72	3.149,52	
–	–	–	80,88	42,36	2,40	
32	1	3	254.140,56	28.840,08	3.151,92	
17	–	–	111.719,88	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	6	–	–	9.705,08	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
17	–	6	111.719,88	–	9.705,08	
407	14	22	2.600.844,04	90.766,84	57.326,16	
–	–	–	–	–	–	

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2013

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	34	5.195.258,00
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	–	–
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	–	–
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	5	670.000,00
3. Storno	–	–	–	–
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	5	670.000,00
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	29	4.525.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	29	3.075.258,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	32	9.484
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	28	8.622
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	28	6.606

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“),
 - a) die im Jahr 2014 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 9,00 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt,
 - b) bei denen ein vorzeitiger Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2016 während der beitragspflichtigen Zeit eingetreten ist, werden im Jahr 2015 zusätzlich zu den versicherten Berufsunfähigkeitsleistungen bzw. den versicherten Hinterbliebenenleistungen laufende Leistungszuschläge gezahlt, die auf Grundlage der durch die vorherige Überschussverwendung erreichten Erhöhung der Altersrente – jeweils mit dem entsprechenden Verhältnis der versicherten Leistung zur versicherten Altersrente – bestimmt werden (wie im Jahr 2014); bei Berufsunfähigkeitsleistungen aus diesen Versicherungsfällen, die im Jahr 2015 aufgrund eines Beginns der Altersrente ablaufen, wird ab dem Beginn der Altersrente die vor Eintritt der Berufsunfähigkeit erreichte Erhöhung der Altersrente zugrunde gelegt (wie im Jahr 2014).

2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2013 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2014 die versicherten Renten für im Januar 2013 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 20 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2013 beitragspflichtig waren, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 20 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2014 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2014 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 1,75 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2013 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2014 die versicherten Renten um 0,25 % erhöht; für im Januar 2013 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der

tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2013 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2013 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2013 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2014 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „[Tarif 04 plus](#)“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2013 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2014 die versicherten Renten um 0,75 % erhöht; für im Januar 2013 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2013 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2013 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2013 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2014 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „[ds:Rente](#)“, „[ds:Rente Plus](#)“, „[ds:bAV](#)“, „[ds:Basis](#)“ und „[ds:Basisrente](#)“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2013 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2014 die versicherten Renten im „[Tarif 2005](#)“ um 1,00 % bzw. im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ um 1,50 % bzw. im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ um 2,00 % erhöht; für im Januar 2013 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2013 beitragspflichtig waren,
 wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,00 % im „[Tarif 2005](#)“ bzw. 1,50 % im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ bzw. 2,00 % im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2013 vorgenommen,
 wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,00 % im „[Tarif 2005](#)“ bzw. 1,50 % im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ bzw. 2,00 % im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2013 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2013 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2014 verwendet.

c) die im Dezember 2013 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),
 werden mit Wirkung zum 1. Januar 2014 die laufenden Renten im „[Tarif 2005](#)“ um 1,25 % bzw. im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ um 1,75 % bzw. im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ um 2,25 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2015 (wie im Jahr 2014) eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der [eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung](#) nach „[Tarif 2000](#)“, „[Tarif 2000 plus](#)“ oder „[Tarif 04 plus](#)“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „[ds:BU](#)“

werden im Jahr 2015 (wie im Jahr 2014) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „[Tarif RiBUZ](#)“ oder „[Tarif 04 RiBUZ](#)“ sowie bei den Versicherungen „[ds:RiBU](#)“

werden im Jahr 2015 (wie im Jahr 2014) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Steuerberater-Versicherung Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 05. Mai 2014

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Volkmer
Wirtschaftsprüfer

gez. Meier
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2013 seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen umfassend wahrgenommen. Im Berichtsjahr fanden 6 turnusmäßige Sitzungen statt. Dabei unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die Entwicklung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates stand darüber hinaus in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand.

An den Sitzungen des Beirates hat der Aufsichtsrat teilgenommen.

Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrates waren insbesondere:

- Bestandsentwicklung und Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Risikomanagement und internes Kontrollsystem
- Strategische Mittelfristplanung
- Solvabilität

Bestandsentwicklung und Risikoverlauf

Der Aufsichtsrat hat regelmäßig über die Bestandsentwicklung und den Risikoverlauf beraten. Schwerpunkte dabei waren die Ergebnisse der durchgeführten Werbemaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Bestandsentwicklung, die Abwicklung gestellter Anträge auf Gewährung von versicherten Berufsunfähigkeitsrenten, die Entwicklung der Lebenserwartung und die Auswirkungen einer länger andauernden Niedrigzinsphase auf die jeweiligen Tarife.

Kapitalanlagen

Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand die Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert.

Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Es wurden Anpassungen der Kapitalanlage-Richtlinie bei den Mischungsquoten, dem Berichtswesen und im Hinblick auf das Marktumfeld weitere Begrenzungen der einzugehenden Risiken vorgenommen.

Im Jahr 2013 hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Entwicklung des vorhandenen Immobilienbestandes befasst und über die Weiterentwicklung einzelner Objekte beraten.

Risikomanagement und internes Kontrollsystem

Im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat sich der Vorstand eingehend mit der Risikosteuerung befasst und die Risikostrategie umgesetzt. Das interne Steuerungs- und Kontrollsystem ist in das Risikomanagement integriert und wurde weiter ausgebaut.

Im Rahmen des Risikomanagement sind regelmäßig ALM-Studien durchzuführen. Der Vorstand hatte eine entsprechende Studie für 2013 bei einem externen Dienstleister in Auftrag gegeben, die auch dem Aufsichtsrat präsentiert worden ist. Zweck dieser Studie war die Analyse der zukünftigen Entwicklung durch Modellrechnungen gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Dabei erfolgten eine Analyse der Liquiditäts- und Ertragssicherheit und der Vergleich unterschiedlicher Anlagestrategien. Darüber hinaus wurde das Ergebnis mit dem Ergebnis der im Jahr 2011 durchgeführten Studie verglichen.

Bestandteil des internen Kontrollsystems ist die interne Revision, die aufgrund eines Funktionsausgliederungsvertrages von der axis AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt wird. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wurde durch den Abschlussprüfer festgestellt.

Strategische Mittelfristplanung

Aufsichtsrat und Vorstand haben anhand festgelegter zukunftsorientierter Themenbereiche eine intensive Betrachtung der bisherigen Entwicklung und mögliche Auswirkungen aufgrund veränderter Rahmenbedingungen vorgenommen. Anhand von internen Analysen und Auswertungen wurden mögliche Risiken und Chancen eingehend erörtert. Für verschiedene Teilbereiche wurden strategische Planungen und Ziele festgelegt.

Solvabilität

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich regelmäßig über die Solvabilität beraten.

Bei den Eigenmitteln setzt die Deutsche Steuerberater-Versicherung Nachrangkapital ein, dessen Anrechenbarkeit im Jahr 2014 teilweise entfallen wird. Aufsichtsrat und Vorstand haben in Abstimmung mit der Vertreterversammlung und dem Beirat mögliche Maßnahmen zur weiteren Ausstattung mit Nachrangkapital erörtert.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurde von BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

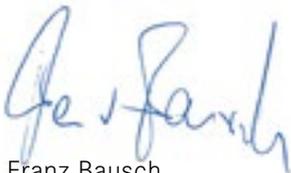
Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur Kenntnis genommen und erhebt gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuarverordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2013 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 05. Mai 2014

Für den Aufsichtsrat



Franz Bausch
Vorsitzender

8 ORGANE, TREUHÄNDER UND VERANTWORTLICHER AKTUAR

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Mitgliedervertreter:

Klaus Axmann, StB
Jutta Barth, StB/vBP

Thomas Berg, StB
Dr. Joachim Dalmer, StB
Wolfgang Dieterle, StB/vBP
Hans Fellhauer, StB
Ernst-Dieter Grafe, StB/vBP
Manfred Gundermann, StB/vBP
Michael Hagen, StB
Malte Kahl, StB
Wolfgang Kreth, StB
Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB

Peter Kuhn, StB
Rainer Martens, StB
Hans-Adolf Neu, StB/vBP
Ute Sahm, StB
Dr. Hartmut L. Schwab, StB
Jakob Trimborn, StB
Werner Welsch, StB/WP

Wahlkreis:

Thüringen
Niedersachsen
Brandenburg
Bremen
Mecklenburg-Vorpommern
Stuttgart
Nordbaden
Köln
Nürnberg
Sachsen-Anhalt
Hamburg
Südbaden
Hessen
Westfalen-Lippe
Rheinland-Pfalz
Schleswig-Holstein
Sachsen
Berlin
München
Düsseldorf
Saarland

Aufsichtsrat:

Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg (Vors.)
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg (stv. Vors.)
Jürgen Knatz, StB/WP/RB, Bielefeld

Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Treuhänder:

Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim
Stephanie Goßen, StB, Meckenheim (stv.)

9 BEIRAT

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Beiratsmitglieder:

Edgar Wilk, StB/vBP (Vors.)

Dr. Harald Grürmann, StB/vBP (stv. Vors.)

Ernst-Dieter Grafe, StB/vBP

Bernd Janssen, StB

Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB

Reinhard Meier, StB/RA

Hans-Joachim Oettinger, StB/WP

Bodo Schenk, StB

Dr. Hartmut L. Schwab, StB

Entsendung durch:

Bundessteuerberaterkammer

Bundessteuerberaterkammer

Mitgliedervertretung

Bundessteuerberaterkammer

Mitgliedervertretung

Bundessteuerberaterkammer

Deutscher Steuerberaterverband

Bundessteuerberaterkammer

Mitgliedervertretung

Deutsche Steuerberater-Versicherung
Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG

Postfach 24 69, 53014 Bonn

Tel. 0228/98 21 3-0

Fax 0228/98 21 3-11

E-Mail info@ds-versicherung.de

Internet www.ds-versicherung.de